

¡Fijáate!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 739

Mittwoch, 13. Oktober 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Folgen einer verpuschten Impfkampagne: Leere Impfzentren und überfüllte Krankenhäuser.....	1
Pandora Papers: Ex-Gouverneur Rudel Álvarez im Offshore-Geschäft.....	3
Hilferufe und Klopfen: 126 Migrierende in einem Anhänger gefunden.....	4
Opposition will auch ins Kongresspräsidium: Gutiérrez, Pérez und Blanco werden genannt.....	5
Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte fordert Schutz für FECCI-Staatsanwälte.....	6

Folgen einer verpuschten Impfkampagne: Leere Impfzentren und überfüllte Krankenhäuser

Lateinamerika galt lange als Hotspot der globalen Coronakrise. Das hat sich geändert, weil die Impfkampagnen in einigen Ländern erfolgreich verlaufen. Chile, Uruguay und Kuba stehen weit vorne. Guatemala hingegen taucht am Ende der Rangfolge auf. In vielen ländlichen Gegenden des mittelamerikanischen Landes gibt es noch immer nahezu kein Impfangebot. Zudem misstrauen besonders viele Angehörige der indigenen Bevölkerung den Angeboten der modernen Medizin. Eine Reportage von Andreas Boueke.

Impfkampagne in Guatemala

„Bei uns kann die Impfkampagne nicht so schnell umgesetzt werden wie in Europa“, sagt der guatemalteckische Arzt Eric Muñoz, der seit Monaten an der Koordination des sehr langsam voranschreitenden Projekts beteiligt ist. „Natürlich haben wir keine so gut ausgebaute Infrastruktur, aber vor allem haben wir zu wenig Impfstoff. Es gab einen Vertrag zum Kauf des russischen Impfstoffs Sputnik. Aber der wurde nicht vereinbarungsgemäss geliefert.“

Zwar hatte das guatemalteckische Gesundheitsministerium frühzeitig einen fragwürdigen Vertrag über acht Millionen Impfdosen mit der russischen Firma Human Vaccine geschlossen und dafür rund siebzig Millionen Euro im Voraus gezahlt. Doch auch Monate später sind die vereinbarten Mengen Impfstoff noch nicht geliefert. In den guatemalteckischen Medien wird spekuliert, einige hochrangige Staatsangestellte hätten bei diesem Geschäft grosse Summen in die eigenen Taschen gesteckt. Dr. Muñoz jedenfalls muss weiterhin vorwiegend Impfstoff einsetzen, den Guatemala von Nationen wie Israel, Kanada und den USA gespendet bekommt. „Die reichen Länder bekommen den Impfstoff zuerst. Ärmere Länder wie wir sind auf Spenden angewiesen. Ich vermute, es wird noch zwei Jahre dauern, bevor wir der gesamten Bevölkerung ein Impfangebot machen können.“

Vermutlich wird noch mehr Zeit vergehen, bevor sich ein Grossteil der Bevölkerung davon überzeugen lässt, sich impfen zu lassen. Rund die Hälfte der Menschen in Guatemala sind direkte Nachkommen eines indigenen Volkes. Seit Jahrhunderten sind die Mayas daran gewohnt, dass ihnen die Nachfahren der europäischen Kolonisatoren neue Krankheiten, grausame Massaker und hinterhältige Ausbeutung bringen. Es ist wenig verwunderlich, dass viele dieser Menschen den Erkenntnissen der modernen Wissenschaft nicht trauen. Vor allem in den abgelegenen Regionen des Landes müsste mit der notwendigen Sensibilität und in den indigenen Sprachen Aufklärungsarbeit geleistet werden. Das passiert aber nicht.

Fragwürdige Statistiken

Bei einer Bevölkerung von 17 Millionen sind in Guatemala offiziell bisher weniger als 15.000 Menschen an COVID gestorben (Stand Anfang Oktober 2021). Doch selbst der vom Gesundheitsministerium angestellte Arzt Eric Muñoz liest diese Statistik mit Skepsis: „Ich vermute, dass nicht alle Erkrankungen und auch nicht die genaue Zahl der Toten registriert wird. Wir wissen, dass es in den Provinzen viele Todesfälle gab, die nicht als COVID-Erkrankungen gemeldet wurden. Mit Sicherheit sind sehr viel mehr Menschen an COVID gestorben als in den offiziellen Berichten steht.“

Auch die Sterblichkeit auf Grund anderer Faktoren steigt deutlich, ohne dass es dazu vertrauenswürdige Zahlen gäbe. Dr. Muñoz bestätigt, dass viele Krankheiten seit Beginn der Pandemie überhaupt nicht mehr behandelt werden: „Es gibt nicht genug Gesundheitspersonal. Die öffentlichen Krankenhäuser arbeiten am Limit. Es fehlt nicht nur an Ärzt*innen, sondern auch an Krankenpflegern und Hilfspersonal. Viele Leute kommen nicht mehr zur Arbeit, aus Angst, sich anzustecken.“

Im ersten Jahr der Pandemie sind Dutzende guatemalteckische Ärzt*innen und Hunderte Angestellte im Gesundheitsbereich an COVID gestorben. Heute passiert das nicht mehr. Ein Grossteil des Personals ist geimpft, aber in den ländlichen Regionen des Landes sind Impfstoffe noch immer Mangelware. Ganz anders sieht es in Guatemala-Stadt aus. Dort bilden sich vor den zahlreichen Impfzentren schon lange keine Warteschlangen mehr, obwohl selbst Zwölfjährige geimpft werden können. Offenbar haben die meisten Impfwilligen dort zumindest ihre erste Dosis erhalten.

Impfen in der Hauptstadt

In dem provisorischen Impfzentrum, das gegenüber der Kathedrale aufgebaut wurde, hilft die Kinderkrankenschwester Sofia Quetzada eine Woche lang aus. Sie erklärt: „Heute verimpfen wir die zweite Dosis des Pfizer-Impfstoffs und auch die zweite Dosis SPUTNIK.“ Die kräftige Frau ist froh, sich mal ausruhen zu können. Ihre eigentliche Aufgabe in dem nahe gelegenen städtischen Krankenhaus San Juan de Dios ist zurzeit weitaus stressiger. Dort sind die Räume überfüllt mit COVID-Kranken, die auf provisorischen Pritschen liegen. Trotzdem lassen sich nur wenige Leute impfen.

Sofia Quetzadas Kollege, der Krankenpfleger Miguel Otzoy, hätte gern mehr zu tun: „Aber es bräuchte viele wirtschaftliche, politische und auch religiöse Veränderungen, bevor sich wirklich eine Mehrheit der Leute davon überzeugen lassen würde, in die Impfzentren zu kommen. Leider ist das Bildungsniveau in Guatemala in Bezug auf die Effektivität von Impfungen sehr schlecht. Es gibt viele Mythen und Fehlinformationen. Auf Grund der Unkenntnis finden noch immer grosse Zusammenkünfte statt und Feiern ohne Masken. Deshalb sind die Krankenhäuser total überfüllt.“

Wenn er nicht im Impfzentrum arbeitet, fährt Miguel Otzoy als Sanitäter in einem Krankenwagen mit. So erlebt er Tag für Tag, was in den Notaufnahmen los ist. Das gilt für öffentliche Kliniken genauso wie für teure private Spitäler, die von wohlhabenden Familien genutzt werden. „Wir müssen mit Blaulicht von Krankenhaus zu Krankenhaus fahren, auf der Suche nach einem Bett für Patienten, denen es wirklich schlecht geht. Immer wieder wird uns gesagt: 'Wir haben keinen Platz.' Dann müssen wir weitersuchen, doch in Guatemala-Stadt ist meist alles voll. Ich gehe davon aus, dass wir mit der Zeit auf die eine oder andere Weise eine Herdenimmunität erreichen werden, aber auf dem Weg dahin werden viele Menschen sterben. Das ist leider so.“

Die Ärmsten

Hätte ein Grossteil der guatemalteckischen Bevölkerung die anfangs sehr strikten Massnahmen der sozialen Distanzierung monatelang befolgt, wäre die Ausbreitung des Virus wahrscheinlich viel besser kontrolliert worden. Doch auch in Guatemala wird die Pandemie von einer Wirtschaftskrise begleitet, erklärt Dr. Muñoz: „Die ärmsten Bevölkerungsschichten sind am meisten betroffen. Viele bedürftige Menschen gehen auf die Straße und bitten um Almosen. Sie brauchen vor allem Nahrungsmittel. Viele haben ihre Arbeit verloren. Das hat den Druck auf die Regierung erhöht, die Massnahmen abzuschwächen.“

Tatsächlich wäre es für einen Grossteil der verarmten Bevölkerung unmöglich gewesen, die Massnahmen der sozialen Distanzierung lange strikt durchzuhalten. Das sieht auch der junge Mann Saturnino Colindres so, der gerade seine zweite Impfung bekommen hat. Jetzt sitzt er auf einem wackligen Plastikstuhl und wartet, bis eine viertel Stunde vorüber ist. Dann wird er wieder Süssigkeiten an Bushaltestellen verkaufen. „Es ist schlimmer, zu Hause zu bleiben und Hunger zu ertragen, als sich auf der Strasse dem Virus auszusetzen. Die Leute müssen ihr tägliches Brot verdienen. Für mich ist die Pandemie einfach nur ein weiteres Risiko unter vielen, denen ich mich jeden Tag aussetze.“

Das Geschäft mit dem Verkauf von Kaugummis und Lutschern läuft schlecht für Saturnino Colindres. Den anderen Strassenverkäufer*innen geht es auch nicht besser. Ein paar Stühle weiter sitzt der Autowäscher Byron Israel. Vor zwei Jahren hatte er noch eine feste Anstellung. Jetzt schlägt er sich mit Gelegenheitsjobs durch. Als sein Arbeitgeber das Unternehmen dicht gemacht hat, musste er sich dem sogenannten informellen Sektor anschliessen. Die Arbeitslosigkeit in Guatemala liegt Angaben des Arbeitsministeriums zufolge bei knapp drei Prozent. Die Aussagekraft dieser Zahl ist gering, wenn man in Betracht zieht, dass schon vor der Pandemie über drei Viertel der arbeitenden Bevölkerung keinerlei Sozialversicherung hatten und auch keine Einkommenssteuer zahlten. Viele dieser Menschen bringen ihre Familien mit weniger als fünf Euro am Tag durch, sagt Byron Israel: „Der Lebensstandard in unserem Land ist durch die Pandemie noch weiter gesunken. Viele Firmen haben dicht gemacht. Deshalb gibt es keine Arbeit mehr.“

Mehr Hunger

Zu Beginn der Coronakrise sah es noch so aus, als würden die Massnahmen und der Stillstand in vielen Bereichen der Wirtschaft dazu führen, dass schon bald mehr Menschen an Hunger sterben werden als an der Krankheit COVID. Heute ist sich Dr. Muñoz nicht mehr sicher, ob er ein solches trauriges Ergebnis der Pandemie auch jetzt noch voraussagen würde:

„Wir sind schon lange ein Land, dass mit weit verbreiteter Unterernährung lebt. Mit der Pandemie ist das schlimmer geworden. Wir haben keine aktuellen Daten, aber ich bin mir sicher, dass der Hunger in Guatemala zurzeit besonders weit verbreitet ist.“

Fest steht, dass die wirtschaftliche Krise dazu geführt hat, dass immer mehr Kinder an Unterernährung leiden. In den vergangenen Monaten hat sich die Zahl der gezählten minderjährigen Hungertoten verdoppelt. Diese Entwicklung macht der Kinderkrankenpflegerin Sofia Quetzada besonders grosse Sorgen: „Die Unterernährung hat zugenommen, weil COVID und die Impfungen jetzt prioritär behandelt werden. Aber wir dürfen die vielen anderen sozialen Probleme nicht einfach vergessen.“

Pandora Papers: Ex-Gouverneur Rudel Álvarez im Offshore-Geschäft

Peten, 3. Oktober - Rudel Álvarez war Gouverneur des Petén während der UNE-Regierung von Alvaro Colom. Er war auch ein Bündnispartner des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und Kongressabgeordneten Manuel Baldizón (in den USA der Geldwäsche beschuldigt) und der Familie Barquín, aus der zwei Mitglieder wegen Korruption im Gefängnis sitzen. Laut den Dokumenten der Pandora Papers, die dem Internationalen Konsortium der Investigativen Journalist*innen (ICIJ) zugespielt wurden, hat Álvarez einen Monat nach Ende seiner Amtszeit eine Treuhandgesellschaft gegründet, die 99 % der Aktien eines Hotels in Belize besitzt. Liliana Orellana, ebenfalls eine Vertragsnehmerin des Staates im Petén, gehört ebenfalls eine dieser Aktien.

Im Jahre 2016 haben die sog. *Panama Papers* belegt, wie Personen überall auf der Welt Offshore-Firmen nutzten, um Steuern zu vermeiden oder um ihre Besitzverhältnisse zu verschleiern. Nun hat die ICIJ die sog. *Pandora Papers* veröffentlicht, ein Konvolut aus fast 12 Millionen vertraulichen Dokumenten, die von einem Team von 600 Journalist*innen aus 150 Redaktionen ausgewertet werden. Eine dieser Redaktionen ist *Plaza Pública* in Guatemala.

Álvarez, geboren 1977 in San Benito, Petén, hat viele Facetten zu bieten: Anwalt, Publizist, ex-Gouverneur des Petén während der UNE-Regierung unter Colom und der Petenera Sandra Torres. Seine sozialen Netzwerke zeigen uns seine Leidenschaft in zwei Bereichen: Sie gelten dem flächenmässig grössten Departments Guatemalas und dem Nachbarland Belize. Er veröffentlicht besuchte Orte, fördert Hilfe für wenige Privilegierte und verweist mit Fotos auf seine Zeit als Gouverneur. Auf seine kurze Zeit als Hotelier (2011-17) bezieht er sich nur selten.

Die Treuhandgesellschaft

Neben seinen schönen Stränden bietet sich Belize auch als Steuerparadies an, das Unternehmen und Individuen erlaubt, ihre Steuerverpflichtungen zu reduzieren: Zum einen, indem man ohne grosse Hürden dank des Gesetzes über Internationale Handelsorganisationen Offshore-Konten und/oder Unternehmen gründen kann, zum anderen, weil das Land keine Informationen an andere Steuerbehörden anderswo auf der Welt weitergibt. Kurz: Belize bietet Meer, Sand und absolute Diskretion in Handelsgeschäften.

Die Webseite der Superintendanz der Banken zeigt, dass in Guatemala offiziell nur vier Offshore-Firmen registriert sind, die alle mit Banken in Verbindung stehen. Diese Offshore-Firmen könnten durch nationale Behörden besteuert werden. Die übrigen, wie etwa jene, die laut journalistischen Recherchen mit [Harold Caballeros](#) oder der [Grupo Campollo](#) verbunden sind, entkommen den Steuerkontrollen und unterliegen den Bestimmungen jener Länder (Virgin Islands, Panama, Belize etc.), in denen sie offiziell gemeldet sind. Gleiches gilt auch für die Unternehmung des Herrn Álvarez.

Um Besitzer eines Hotels zu werden, wählte Álvarez den langen Weg: erst gründete er einen Trust (Treuhand) namens WH Trust, dann kaufte er Aktien des Unternehmens Applied Technology Ltd, die wiederum die Besitzerin des Hotelkomplexes Windy Hill Rersort ist. [Die Fotos, die den Artikel illustrieren, zeigen ein sehr schönes Rersort, d.Red.] Der WH Trust war weiterhin aktiv, als er am 15. Dezember 2011 sein Amt als Gouverneur des Petén antrat. Er gründete die Cititrust International Inc., die in Belize ihren Sitz hat. Das Gründungsdokument legte alle Bedingungen fest, benannte als Schutz eine Firma namens Crown Trust Corporation, die ebenfalls in Belize gemeldet war ... und als einzigen Nutzniesser der Konstruktion Herrn Rudel Mauricio Álvarez aus San Benito, Petén, Guatemala.

Der Kaufvertrag, unterzeichnet am 29. April 2005, vermerkt, dass ein Repräsentant der Kanzlei Glenn D. Godfrey & Co. das Hotel für 32.500 Dollar kaufte. Im gleichen Jahr gründete die Kanzlei Applied Technology Ltd., d.h. alle Aktien dieser Firma gingen an Mitglieder der Kanzlei Godfrey. Die Handelsgesellschaft blieb ohne grosse Zahlungsbewegungen bis zum Dezember 2011, als die Aktien ihren Besitz wechselten: Zwei Aktien wurden nun zugeteilt an zwei Mitglieder der Kanzlei, eine an Liliana Alcira Orellana und 9.997 gingen über auf Cititrust International Limited, die den WH Trust, die Treuhandgesellschaft von Álvarez vertrat.

Zahlreiche Webseiten verknüpfen Windy Hill mit dem Ex-Gouverneur, z.B. nennt ihn die Seite des U.S. Dive Travel Network als Mitarbeiter – neben Bobby Hales, dem vorherigen Besitzer des Hotels. *Plaza Pública* kontaktierte Álvarez via Telefon und E-Mail. Er versprach, dass er die Fragen beantworten werde, aber bis zum Redaktionsschluss kam von ihm keine Antwort.

Derzeit hat das Hotel den Besitzer gewechselt, seit 2017 heisst es Cassia Hill Resort Belize. Auf ihrer Website erinnern sie sich an die Hales als die früheren Eigentümer und an einen «guatemaltekischen Investor», der die Rechte an die neuen Eigentümer verkaufte.

Die Verbündete im Petén

Neben Álvarez und den Vertreter*innen der belizischen Kanzlei fällt immer wieder der Name einer Person aus San Benito, Petén. Liliana Alcira Orellana y Orellana ist die offizielle Repräsentantin von Applied Technology LTD und, anders als bei Álvarez, taucht ihr Name bei dem Besitzwechsel des Hotelkomplexes auf.

Auf Nachfrage versichert sie, dass sie die einzige Verbindungsperson zwischen dem Verkäufer und Álvarez war. Sie erinnerte sich nicht an die Höhe des Kaufpreises. Auf die Frage, warum ihr Name in den Dokumenten auftauche, sagte sie, dass sie als Garantie dafür diene, dass die Transaktion finanziell abgewickelt werden würde. (...)

Orellana ist die Besitzerin des Unternehmens Servicios Desarrollo del Petén S.A., die ihre grössten Aufträge genau zu der Zeit erhielt, als Álvarez Gouverneur war. Dennoch versicherte sie, dass es keinerlei Beziehungen zwischen ihr und dem Ex-Gouverneur ausserhalb des Kaufes des Hotelkomplexes gab.

Liliana Orellana erhielt Verträge zweierlei Art. Erstens als Unternehmerin an sich und zweitens als rechtliche Vertreterin einer Handelsgesellschaft. Als Unternehmerin wurden ihr wiederum zwei Arten von Kontrakten zugewiesen: Die Miete einer Immobilie im Petén an das Entwicklungsministerium von 2013 und 2016 und ein Vertrag über 750.000 Q (= 81.900 €) vom Guatemaltekischen Entwicklungsfonds (FODEGUA) im Jahr 2010. In Bezug auf letzteren zeigen die vorliegenden Dokumente, dass die Bewerbung von Orellana angenommen wurde, weil sie die einzige Bewerberin war. Seither hat sie nie mehr einen Vertrag für Bautätigkeiten erhalten.

In Bezug auf die Verträge über die Handelsgesellschaft gibt es laut dem Portal Guatecompras Verträge in Höhe von über 98 Mio. Q (= 10,7 Mio. €), davon über 42 Mio. Q (= 4,6 Mio. €) allein im Jahr 2011.

Aus den Quellen geht hervor, dass Orellana einen Kontrakt in Höhe von 307.000 Q (= 33.500 €) an die Anwaltskanzlei in Belize gab, um eine Schutzmauer im Haus San Pedro, San José Petén errichten. Das Dokument wurde 2008 von der NGO Integral Social Development (DSI) unter dem Vorsitz von Salvador de Jesús Carrera Fajardo unterzeichnet. 2007 kandidierte Carrera für die UCN und 2015 für die UNE für den Kongress, im zweiten Anlauf wurde er gewählt.

Ein Bericht von *Plaza Pública* enthüllte, dass DSI zwischen 2009 und 2011 die zweitgrösste Nichtregierungsorganisation war, die Aufträge an das Unternehmensnetzwerk der Guerra-Familie vergeben hat, einer Gruppe, die von der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala als illegales politisch-ökonomisches Netzwerk eingestuft wurde. Den Untersuchungen zufolge erhielten die Guerras über ein Drittel der insgesamt 304 Mio. Q (= 33,285 Mio. €), die die NGO verwaltet. (...) (*Plaza Pública*)

Hilferufe und Klopfen: 126 Migrierende in einem Anhänger gefunden

Escuintla, 9. Oktober - Mutmassliche «Coyotes» [s. *vergangene Fijáte!-Ausgabe, d.Red.*] haben 126 Migrant*innen in einem Container auf einer Strasse in Escuintla ausgesetzt. Nach einer Beschwerde über einen verlassenen Wohnwagen gingen Beamte*innen der Nationalen Zivilpolizei an Kilometer 114 der Strasse, die von Cocales nach Nueva Concepción, Escuintla führt, wo sie den Anhänger mit dem Nummernschild C-193BVB ausfindig machten. Als sie ankamen, hörten die Polizist*innen Schreie und Schläge aus dem Container, in dem sich 126 Personen ohne Papiere befanden, von denen 109 aus Haiti, 11 aus Nepal und 9 aus Ghana stammten. Ihnen wurde humanitäre Hilfe gewährt und in die Unterkünfte des guatemaltekischen Migrationsinstituts gebracht.

Aus dem Land ausgewiesene Personen

Wie die Sprecherin für Migration, Alejandra Mena, mitteilte, sollen die 126 Personen wegen illegaler Einreise aus dem Land ausgewiesen werden. «Sie werden nach Honduras gebracht, weil es das Land ist, aus dem sie eingereist sind, und der Grund dafür ist, dass sie nicht über die notwendigen Ausweispapiere verfügen, um in guatemaltekisches Gebiet einzureisen», versicherte Mena.

Fotos, die von der Polizei verbreitet wurden, zeigten Migrant*innen, die mit Rucksäcken aus dem Anhänger ausstiegen oder auf der Strasse sassen. Die Gruppe wurde in eine Herberge des guatemaltekischen Migrationsinstituts gebracht. Die Region, in die jedes Jahr Tausende von Zentralamerikaner*innen in die USA auswandern, sieht sich auch einer Migrationskrise gegenüber, da Tausende von Migrierenden, vor allem Haitianer*innen, auf der Suche nach besseren Über-

lebensmöglichkeiten trotz des gefährlichen und anstrengenden Weges in das nordamerikanische Land strömen. (...)»

Humanitäre Hilfe

Die Sozialpastoral von Esquipulas hat den Migrant*innen geholfen, die in der «Zentralamerikanischen Hauptstadt des[katholischen] Glaubens» untergebracht sind, damit die Menschen während ihres Aufenthalts wenigstens etwas zu essen haben. Sie erkennen jedoch, dass die Zahl der illegalen Einwanderer, die ankommen, im Laufe der Wochen immer grösser wird.

«Vor ein paar Monaten gab es nicht so viele Menschen. Wir haben versucht, ihnen mit Lebensmitteln und Proviant zu helfen, aber wir haben nicht genug davon. In den letzten Wochen haben die Coyotes mehr gebracht und wir können nicht allen helfen», kommentiert Néstor López, Mitarbeiter der Sozialpastoral. (Prensa Libre)

Opposition will auch ins Kongresspräsidium: Gutiérrez, Pérez und Blanco werden genannt

Guatemala, 6. Oktober - Mit dem Argument, dass es seit zwei Jahren keine Fortschritte bei der legislativen Agenda, wenige Gesetze zum Wohle der Bevölkerung verabschiedet worden seien, prüfen Abgeordnete aus Fraktionen, die nicht der Regierungsbündnis angehören, als Kandidat*innen für das Kongresspräsidium 2022-2023 anzutreten.

Derzeit werden die Abgeordneten Sonia Gutiérrez, Samuel Pérez und Orlando Blanco als mögliche Parlamentspräsident*innen gehandelt. Laut Sonia Gutiérrez, Fraktionsvorsitzende von WINAQ, wird derzeit unter «mehreren Abgeordneten diskutiert, eine alternative Liste mit verschiedenen Vorschlägen zu erstellen», weil die Namen, die für den Vorsitz bisher genannt werden, immer noch von der Regierungsbündnis sind.

Gutiérrez fügte hinzu, dass es möglich sei, dass «eine Frau an der Spitze dieser Liste stehen könnte». Der Name, der genannt wurde, sei der ihre. Die Abgeordnete betonte, dass es Interesse bei verschiedenen Fraktionen der Opposition gebe, in den Wettkampf um das Präsidium einzutreten.

Nicht ausgeschlossen, dass Mitglieder regierungsnaher Fraktionen mitmachen

In Bezug auf die Lobbyarbeit um die Stimmen sagte die Kongressabgeordnete, dass das «Panorama schwierig» sei, weil das Regierungsbündnis «eine Liste von Themen hatte, die sie uns aufzwingen wollen.»

Sie ist jedoch der Ansicht, dass sie Unterstützung von Fraktionen erhalten könnte, die zum Regierungslager zählen, «wenn eine Integration unter Beteiligung einiger Oppositionsfraktionen erkennbar ist», fügte sie hinzu.

Die am häufigsten genannten Namen

Gegenwärtig werden folgende Namen der möglichen Kandidaten aus den Oppositionsfraktionen genannt:

1. Sonia Gutiérrez von WINAQ,
2. Samuel Pérez von der Fraktion SEMILLA und
3. Orlando Blanco von der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE).

Samuel Pérez: Sie haben mich noch nicht gefragt

Der Abgeordnete Samuel Pérez der Fraktion SEMILLA erklärte, dass er nicht an den Sitzungen seiner Fraktion teilgenommen habe, in denen das Thema behandelt wurde, und fügte hinzu, dass «die Fraktion mich bisher nicht angesprochen hat.» Pérez berichtete, dass derzeit Strategien diskutiert werden, «um zu verhindern, dass Allan Rodríguez oder dieses Regierungshandeln weitergeht.»

Aber er räumt ein, dass es «komplex» sei, weil einige Abgeordnete, die mit der Regierung von Alejandro Giammattei verbündet sind, «nicht für die Interessen des guatemalteckischen Volkes, sondern für korrupte Geschäfte handeln und den Haushalt (auch für ihre persönliche Zwecke) aushandeln.»

Die Kandidat*innen, die der Regierung nahe stehen

Am Montag erfuhr La Hora, dass vier Abgeordnete versuchen würden, den Vorstand 2022-2023 zu leiten.

1. Manuel Conde von der PAN
2. Allan Rodríguez von der Giammattei-Partei VAMOS, der aktuelle Präsident des Kongresses
3. Álvaro Arzú Escobar von der Unionista und ehemaliger Präsident des Kongresses
4. Shirley Rivera von der VAMOS-Fraktion

Am vergangenen Montag, dem 4. Oktober, wurde der Präsident des Kongresses, Allan Rodríguez, zu seinen Plänen befragt, erneut zu kandidieren, worauf er antwortete: «Jetzt konzentrieren wir uns auf die Initiativen, die wir im Kongress vorantreiben müssen. Wir haben uns nicht mit dem Thema des Vorstands beschäftigt, es wird Zeit dafür sein.»

Dabroy: Das Jahr 2022 beginnt bereits mit den Vorwahlen

Laut Jahir Dabroy, einem politischen Analysten der Vereinigung für Forschung und Soziale Studien (ASIES), beginnt die legislative Landschaft für das kommende Jahr «mit Vorwahlen und es ist unklar, wie lange die bisherigen Bündnisse andauern werden», denn jede*r Abgeordnete wird sich seine eigene politische Richtung suchen.

Da es sich um ein Wahljahr handelt, «wird es die politischen Beziehungen viel mehr belasten» und Dabroy erinnert daran, dass die Abgeordneten die Reformen des Wahlgesetzes und der politischen Parteien festlegen müssen.

Über die Absichten der Opposition

In Bezug auf die Stimmen, die die Oppositionsfraktionen beeinflussen, ist der Experte der Ansicht, dass es möglich ist, dass die Regierungsfractionen «diese unter dem Gesichtspunkt politischer Vorteile, wie etwa der Glaubwürdigkeit gegenüber den Bürger*innen, als mögliche Partner suchen» und sagte, dass es sehr wenige Fälle «einer zahlenmässig bedeutsamen Oppositionsmacht» gebe. Dabroy räumte ein, dass «die Opposition vermutlich nicht die erforderliche Anzahl an Stimmen erreichen wird, was offensichtlich dazu führen wird, dass man einen Präsidenten oder eine Präsidentin des Kongresses auf der Regierungsseite hat», was nicht verwunderlich sei, weil es Teil dessen sei, «was das politische Spiel des Landes zulässt.» (La Hora)

Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte fordert Schutz für FECCI-Staatsanwälte

7. Oktober - Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IDH) hat zwei Mitgliedern der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECCI) der Staatsanwaltschaft Schutzmassnahmen zugestanden, da er der Ansicht ist, dass ihre Rechte auf Leben, persönliche Unversehrtheit und Unabhängigkeit bei der Ausübung ihres Amtes gefährdet sind. Darüber hinaus hat das Gremium festgestellt, dass sie möglicherweise abgesetzt werden, was sich auf ihre Ermittlungsarbeit auswirken würde. Die Staatsanwält*innen sind derzeit für die Ermittlungen in den so genannten Fällen Valenzuela Ávila und Ruiz Fuentes zuständig, die mit aussergerichtlichen Hinrichtungen im Rahmen der Operation «Plan Gavilán» in Zusammenhang stehen, bei der das Land Guatemala für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wurde.

Das Oberste Gericht stellte fest, dass die beiden Staatsanwälte weiterhin eingeschüchert, verfolgt und bedroht werden, «vor dem Hintergrund negativer Risiken für die Arbeit der FECCI sowie von Angriffen und Drohungen gegen Angehörige der Justiz, um die Bekämpfung von Straflosigkeit und Korruption voranzutreiben», heisst es in einer Erklärung des Zentrums für Justiz und Internationales Recht (CEJIL).

Begründete Befürchtungen, dass nach Sandoval weitere FECCI-Mitarbeiter*innen entlassen werden sollen

Darüber hinaus betont das CEJIL, dass die Personalentlassungen innerhalb der FECCI nicht auf die Amtsenthebung des ehemaligen Chefs Juan Francisco Sandoval beschränkt sein könnten und dies «begründete Befürchtungen» hervorruft, dass die beiden anderen Staatsanwälte entlassen werden könnten, was die Arbeit, die sie bei der Untersuchung der oben genannten Fälle geleistet haben, beeinträchtigen würde.

Bei den einstweiligen Massnahmen, die vom IHR-Gerichtshof angeordnet werden, handelt es sich um dringende Schutzmassnahmen, deren Ziel es ist, irreparable Schäden von Personen abzuwenden.

Darüber hinaus erinnert der Gerichtshof daran, dass die Staaten verpflichtet sind, die bestehenden Schutzmassnahmen durchzuführen und darüber Bericht zu erstatten. Guatemala sollte bis zum 13. Dezember 2021 über die Einhaltung dieser Vorschriften Bericht erstatten. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6